



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. OTTO GRAF LAMBSDORFF

Bundesminister für Wirtschaft

DIE WELTWIRTSCHAFT IM ANPASSUNGSZWANG

DONNERSTAG, 7. MAI 1981



Herr Präsident! Herr Bürgermeister!
Herr Präsident der Bürgerschaft!
Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren!

Die weltwirtschaftliche Entwicklung gibt gegenwärtig gewiß keinen Anlaß zu übertriebenem Optimismus. Vor allem die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen belasten das Wirtschaftsgeschehen. Insbesondere die Ölkrise und die Verschiebung der internationalen Arbeitsteilung haben schmerzliche Umstellungsprozesse für viele notwendig werden lassen. Hinzu kommen die vielschichtigen Probleme im Nord-Süd-Dialog, die auf eine langfristige Veränderung der weltwirtschaftlichen Ordnung abzielen. Alles dieses ist nicht neu. Die Probleme sind eine Erbschaft der siebziger Jahre. Während sie jedoch seinerzeit teilweise von einer günstigen Wirtschaftsentwicklung überdeckt wurden, schlagen sie sich nun im weltweiten konjunkturellen Abwind um so deutlicher nieder.

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß ich nicht zu denen gehöre, die Patentlösungen in dirigistischen oder protektionistischen Maßnahmen vorschlagen oder sehen. Ich halte das im Gegenteil für völlig falsch. Und ich glaube, daß ich darin mit Ihnen einig bin.

Der Übersee-Club hat sich traditionsgemäß die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zum Ausland auf der Basis des freien Handels zur besonderen Aufgabe gestellt. Ich unterstütze diese Ihre Zielsetzung, Herr Professor Stödter, von ganzem Herzen.

In einem offenen Weltwirtschaftssystem sehe ich eine der wichtigsten Triebkräfte für das Gedeihen der Weltwirtschaft und für die rasche Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten.

Schon für den Übersee-Tag 1979 hatten Sie, Herr Professor Stödter, mich gebeten, hier bei Ihnen die Festrede zu halten. Ich habe es damals bedauert, diesen Termin schließlich doch nicht wahrnehmen zu können. Um so mehr freue ich mich, heute vor Ihnen meine Gedanken darlegen zu können. Für die Erneuerung der freundlichen Einladung danke ich herzlich. Ihre Ankündigung, mit der Sie mich hier vorgestellt haben, erinnert mich an die Geschichte des Mannes, der eine Rede hielt und dann anschließend den ortsüblichen Dank des Veranstaltungsleiters einkassierte, der darin bemerkte, es gebe eben wenig Zeitgenossen von wirklichen Führungsqualitäten. Dann fuhr der Mann, der Redner, nach Hause und sagte im Auto zu seiner Frau: „Der Veranstalter hatte wirklich völlig recht: Es gibt in der Tat zu wenig Persönlichkeiten mit Führungsqualitäten!“ „Ja“, sagte sie, „und es gibt genau noch einen weniger, als du gerade denkst!“

Meine Damen und Herren! Im übrigen, muß ich Ihnen allerdings sagen, kann das Thema – Sie haben gesagt, ich sollte Sie „bei Laune“ halten – nicht unbedingt zur Erheiterung beitragen. Ich habe, Herr Bürgermeister, mit Interesse dem zugehört, was Sie über die Schwermetallbelastung der Elbe gesagt haben. Mit der DDR haben wir eine ganze Reihe von Umweltproblemen, und wir machen leider, wie ja auch auf anderen Gebieten, nicht zufriedenstellende Fortschritte. Was die Tschechoslowakei anlangt, so wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sehr schnell veranlaßten, daß Ihre Petita nach Bonn gemeldet werden. Ich werde sie gern am nächsten Wochenende nach Prag mitnehmen und dort auf den Tisch legen, um zu sehen, ob wir vielleicht einen Schritt weiterkommen können.

Meine Damen und Herren! In den meisten westlichen Industrieländern sind geringes Wachstumstempo, Arbeitslosigkeit, niedrige Kapazitätsauslastung, nach wie vor starke Inflation und große Leistungsbilanzdefizite zu registrieren. Am ausgeprägtesten erscheinen die Fehlentwicklungen in Westeuropa. Am besten dürfte die Performance – wie es auf neudeutsch heißt – in Japan sein. Besonders wichtig für die Weltwirtschaft ist – wir alle wissen das –, was in den Vereinigten Staaten geschieht. Und hier liegt das Hauptproblem vor allem in der Hartnäckigkeit des Inflationsbazillus.

Meine Diskussionen drüben im März haben mir allerdings gezeigt, daß das Problem klar gesehen wird. Auch das neue Wirtschaftsprogramm des Präsidenten zielt mit seiner angebotsorientierten Ausrichtung ohne Frage in die richtige Richtung. Besonders beeindruckt hat mich die breite, bis in die demokratische Partei im Kongreß hineinreichende Unterstützung der neuen wirtschaftspolitischen Philosophie. Revitalisierung der Wirtschaft, Stärkung der privaten Initiative und der Marktkräfte und Bekämpfung der Inflation sind die vorherrschenden Prinzipien. Die USA schlagen damit in der Wirtschaftspolitik einen Weg ein, der uns Deutschen nur recht sein kann. Wer die Diskussion über das Reagan-Programm verfolgt hat, weiß, daß es vor allem Inflationsbefürchtungen sind, die den Kongreß zögern lassen, dem Programm in vollem Umfang zuzustimmen. Es ist insbesondere die Sorge um die Steigerung der öffentlichen Defizite, die die Debatte bestimmt. Es kommt deshalb auch darauf an, daß das Programm in seinen Hauptelementen nicht zersplittert wird, sondern als Ganzes gesehen und verabschiedet wird. Ich bin ganz zuversichtlich, daß dies im Laufe des Sommers geschieht. Die Wirkung der Rede, die der amerikanische Präsident dieser Tage vor dem Kongreß gehalten hat, bestärkt mich in dieser Zuversicht. Größere Probleme noch als die Industrieländer haben die Entwicklungsländer. Vor allem die sprunghaft gestiegenen Ölpreise belasten die nichtölfördernden Länder der dritten Welt enorm, teilweise geht es dort ums nackte Überleben. Und selbst jene Gruppe, die für den Anstieg der Ölpreise verantwortlich ist, ist nicht frei von Problemen. Die OPEC-Staaten haben zum Teil riesige Devisenguthaben aufgehäuft, deren sinnvolle Anlage ihnen Schwierigkeiten bereitet.

So unterschiedlich die Probleme auch sind: Vor der Notwendigkeit der Anpassung stehen alle. Sicher darf der konjunkturelle Aspekt nicht unterschätzt werden, aber ich warne auch vor einer Überbewertung. Nicht unbedingt entscheidend ist nämlich, ob ein weltweiter Erholungseffekt noch in diesem Sommer oder erst später eintritt.

Im übrigen: Die Chancen für eine Belebung der Weltkonjunktur im Laufe der nächsten zwölf Monate stehen nach Meinung aller Experten nicht so schlecht. Ich verweise zum Beispiel auf die jüngste Analyse des Internationalen Währungsfonds. Auch bei der OECD, wo derzeit die Vorbereitungen für eine Neubewertung der wirtschaftlichen Entwicklung laufen, ist man davon überzeugt.

Mindestens genauso wichtig wie der Konjunkturverlauf ist für mich, daß alle Anstrengungen zur strukturellen Anpassung gemacht werden. Dabei handelt es sich um eine Aufgabe, die nur mit einer Politik des langen Atems gelöst werden kann. Wir gestalten jetzt nicht mehr und nicht weniger als die Strukturen der neunziger Jahre. Natürlich braucht das seine Zeit.

Unverzichtbare Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Anpassung ist eine entschlossene Stabilitätspolitik. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, daß anhaltende Preisauftriebstendenzen einer dauerhaften Verbesserung der Beschäftigungslage entgegenstehen.

Die Bundesrepublik gehört zu jenen Ländern, die der Inflationsbekämpfung besondere Aufmerksamkeit geschenkt haben, und sie wird es auch in Zukunft tun. Wir begrüßen die verstärkten stabilitätspolitischen Bemühungen, die in einigen anderen Industrieländern zu beobachten sind. Für die kurzfristigen restriktiven Wirkungen, die hiermit verbunden sein können, sollten gerade wir Verständnis haben.

Einen Schwerpunkt der internationalen Anpassungspolitik bildet ohne Frage der Energiebereich. Wie anfällig die Weltwirtschaft gegenüber den abrupten Ölpreiserhöhungen ist, das wurde sowohl 1973 als auch 1979 sehr wirkungsvoll demonstriert. Auch wenn 1981 die Lage auf den internationalen Märkten relativ entspannt sein dürfte, sollten wir uns nicht über die im Prinzip labile Situation hinwegtäuschen. Wir müssen davon ausgehen, daß die Ölpreise mittelfristig real weiter steigen werden. Ich hoffe allerdings, daß der Anstieg weniger sprunghaft als bisher sein wird. Seit 1973 sind große Anstrengungen unternommen worden, die Abhängigkeit vom Öl zu verringern, und beachtliche Erfolge konnten erzielt werden. So ist es in der Bundesrepublik zum Beispiel gelungen, den Anteil des Mineralöls am gesamten Primärenergieverbrauch von 55 Prozent im Jahre 1973 auf 47 Prozent im Jahre 1980 zurückzuführen, und das wird sich im Jahre 1981 fortsetzen – übrigens nicht zum Vergnügen aller Mineralölgesellschaften. Der Trend hat sich auch in den letzten Monaten, wie wir wissen, so weiterentwickelt. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß Energieeinsparung und Ölsubstitution um so flexibler und um so friktionsarmer verlaufen, je weniger der Staat in das Marktgeschehen eingreift und je mehr er sich auf das Setzen von Rahmenbedingungen beschränkt. Ich begrüße deshalb auch nachdrücklich die Freigabe der Preise bei Benzin in den Vereinigten Staaten. Ich hoffe, daß ein ähnlicher Schritt, der dringend notwendig ist, in Bälde auch auf dem amerikanischen Gasmarkt erfolgt.

Trotz aller energiepolitischen Erfolge hängen die westlichen Industrieländer aber noch immer in hohem und gefährlichem Maße vor allem von arabischen Lieferländern ab. Die Bemühungen der internationalen Energiepolitik dürfen deshalb nicht erlahmen. Es bleibt Daueraufgabe, die Energienachfrage – vor allem die Nachfrage nach Mineralöl – verstärkt zu reduzieren. Es gilt, alle neuen und alternativen Energiequellen zu erschließen und zu nutzen. Und hierzu rechne ich auch die Kernenergie. Weltweite Energieszenarien zeigen in meinen Augen deutlich, daß wir diese Probleme ohne die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht werden lösen können.

Nun, meine Damen und Herren, im Zusammenhang gerade mit dem Problem der Energiepolitik lassen Sie mich bitte ein Wort zur Rolle Saudi-Arabiens sagen, das ich ja vor wenigen Tagen zusammen mit dem Bundeskanzler besucht habe. Saudi-Arabien ist der größte Ölproduzent auf der Welt überhaupt. Was immer auf den Welterdölmärkten geschieht, Saudi-Arabien übt einen maßgeblichen Einfluß aus. Um so wichtiger ist es, wie dieses Land seine Rolle begreift. Wir können nur mit Anerkennung hervorheben, mit welcher Umsicht und Verantwortung die Saudis auf die Geschehnisse an den Ölmärkten eingewirkt haben und weiter einwirken wollen. Sie halten trotz erkennbaren Überangebots an ihrer Förderung fest, weil sie einen einheitlichen OPEC-Preis erreichen und die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft der

westlichen Welt nicht beeinträchtigen wollen, Saudi-Arabien hat aber nicht nur mäßigend auf die Ölmärkte eingewirkt. Seine Rolle heute, insbesondere nach der Iran-Revolution, reicht weit in politische Dimensionen hinein. Saudi-Arabien erweist sich als ein Faktor politischer Stabilität im Nahen Osten, und ihm kommt letztlich geopolitische Bedeutung zu. Denn das, was sich in dieser Region tut, ist – die Geschichte hat es mehrfach gezeigt – weltpolitisch von größter Brisanz. Wer Afghanistan nicht leichtfertig vergißt und die mit Hilfe der Sowjetunion zustande gekommene militärische Aufrüstung im Jemen sieht, der wird auch für die sicherheitspolitischen Aspekte saudischer Politik Verständnis aufbringen.

Auch im Nahost-Konflikt empfehle ich, sich nicht vom Wortgetöse beider Seiten allein leiten zu lassen. Damit meine ich nicht das Wortgetöse der letzten Tage. Über das will ich mich nicht äußern.

Die saudische Führung, so war jedenfalls unser Eindruck, wirkt eher stabilisierend als antreibend. Wer die Weite des Landes, die Begehrlichkeit manches Nachbarn, die kleine Zahl saudischer Einwohner und das Bemühen um innere Stabilität sieht, der kann nur zu dem Schluß kommen, daß die Saudis nicht offensiv, sondern defensiv denken müssen. Und das tun sie auch.

Meine Damen und Herren!

Eine weitere Herausforderung für viele Volkswirtschaften ist die Anpassung ihrer Produktionsstruktur an die veränderten Weltmarktverhältnisse. Seit einigen Jahren bietet eine Anzahl von dynamischen Entwicklungsländern auf den internationalen Märkten Produkte an, die qualitativ und technologisch durchaus mit den vergleichbaren Gütern aus den westlichen Industrieländern konkurrieren können. Auch der verschärfte internationale Wettbewerb zwischen den Industrieländern selbst hat bedeutsame strukturelle Veränderungen hervorgerufen. Ich darf an die japanischen Exporterfolge im Automobil-Zweirad- und Elektronikbereich erinnern.

Die strukturellen Veränderungen im Welthandel sind für mich Systembestandteil. Schumpeters Bild des „schöpferischen beziehungsweise imitatorischen Unternehmens“ findet hier eine Ergänzung durch die schöpferische beziehungsweise imitatorische Volkswirtschaft.

Für mich bestehen nicht die geringsten Zweifel, daß sich die Anpassung an die veränderten internationalen Industrie- und Handelsstrukturen unter der Voraussetzung einer offenen Marktwirtschaft vollziehen müssen. Aber gerade in Zeiten des abgeschwächten Wachstums ist die Versuchung groß, im außenwirtschaftlichen Bereich Entlastung von den binnenwirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen. Die Neigung, sich dieser Herausforderung durch protektionistische Maßnahmen zu entziehen, nimmt zu. Und die Art und Weise, wie dieser Protektionismus praktiziert wird, erlebt immer neue Varianten, offene und versteckte, trotz aller gegenteiligen Bekenntnisse. Dem internationalen Protektionismus müssen wir eine klare Absage erteilen. Das geht, meine Damen und Herren, nicht nach der Methode: Ich bin gegen Protektionismus, aber für mein Unternehmen, für meine Branche, für mein Land brauche ich natürlich ein wenig davon.

Gerade in diesem Zusammenhang muß die Errichtung entsprechender Schutzräume um verschiedene Branchen in der Europäischen Gemeinschaft Sorge bereiten. Wie schädlich diese dirigistischen Eingriffe sind, zeigt meines Erachtens das Beispiel des europäischen Stahlmarktes mit erschreckender Deutlichkeit. Die Liste der ordnungspolitischen Sünden ist hier lang. Es gibt nicht wenige, die behaupten, daß erst der große Umfang staatlicher Protektion und Einflußnahme diese Entwicklung bewirkt hat. Ich neige zu einem guten Teil dieser Auffassung zu. Den Marktkräften muß national und international wieder mehr Geltung verschafft werden.

Die Hinwendung zu mehr marktwirtschaftlichen Prinzipien in England und Frankreich möchte ich hier besonders hervorheben, positiv hervorheben, wenngleich wir die Schwierigkeiten und die Mühsal, die damit verbunden ist, gar nicht übersehen. Auch die USA liegen mit ihrer angebotsorientierten Politik im Grundsatz auf dieser Linie.

Um so mehr, meine Damen und Herren, bin ich befremdet über die jetzt bekanntgewordenen sogenannten einseitigen Exportbeschränkungen der Japaner bei Automobilen gegenüber den USA. Es wird zwar in Abrede gestellt, daß es sich hierbei um

ein zweiseitiges Abkommen zwischen den Regierungen handelt, formal vielleicht sogar zutreffend. Der Eindruck ist aber nicht zu verwischen, daß Grundlage der japanischen Exportbeschränkungen eine durchaus ins Detail gehende Verständigung beider Regierungen ist, mit massivem Druck aus den USA als Hintergrund. Wie sollte man sonst auch die kürzlichen Verhandlungen oder Gespräche des US-Handelsbeauftragten William Brock in Tokio verstehen?!

Die Vereinbarkeit des Ganzen mit den US-Anti-Trust-Gesetzen ist Sache der USA, ebenso die Belastung der US-Händler und -Verbraucher, die hier im übrigen das überaus hohe Lohnniveau der US-Automobilarbeiter stützen:

Nicht allein Sache der USA und der Japaner ist es, wenn sie eine Einigung treffen, die sich zu Lasten anderer Länder auswirken kann. Es liegt doch nahe, daß die japanischen Exporteure den Ausgleich für verlorene Exportmöglichkeiten in den USA anderswo suchen, unter Umständen auch in Europa. Wächst der Importdruck in der Europäischen Gemeinschaft, werden die mühsam gehaltenen Dämme gegen protektionistische Bestrebungen nur zu leicht brechen. Diese kritische Entwicklung wird heraufbeschworen, nachdem die International Trade-Commission in den USA noch vor wenigen Monaten in einer unangreifbar objektiven Untersuchung festgestellt hat, daß nicht die Importe aus Japan, sondern eine verfehlte Marktpolitik schuld an der Malaise der US-Automobilindustrie ist. Man muß sich wirklich fragen, ob die USA und Japan damit der welthandelspolitischen Verantwortung gerecht geworden sind, die so starke Länder beachten müssen. Ich sehe hier eher eine kurzsichtige „Beggarmy-neighbour“-Haltung. Die wird es schwerer machen, die für alle wichtige Freiheit des Welthandelssystems zu verteidigen.

Unsere Partnerländer in der Europäischen Gemeinschaft, die ja zum Teil im Gegensatz zu dem Prinzip einer gemeinsamen Handelspolitik – leider unter stillschweigender Duldung der Kommission – ihre Automobilproduktion seit Jahren gegenüber japanischen Autoeinführungen abschotten, werden sich auf den amerikanischen Sündenfall berufen und nun für die ganze Gemeinschaft, also auch für uns, Abschottung fordern. In der Verkenning dieser Gefahr liegt auch ein bestürzender Mangel an Einfühlungsvermögen der Japaner. Das gilt auch für ihren Hinweis, in den USA unternehme man große Anstrengungen zur Umstrukturierung der Automobilindustrie, die man unterstützen wolle, in der EG fehle es daran. Dieser Hinweis muß Abwehrreaktionen geradezu provozieren, und außerdem ist es sachlich unrichtig.

Trotz allem, meine Damen und Herren, müssen wir in der Bundesrepublik unsere Position aufrechterhalten. Die Entwicklung in der Automobilindustrie bei uns zeigt, daß wir nicht auf dem falschen Pfade sind. Es gibt jedenfalls Anzeichen dafür, daß sich ihre Lage wieder etwas verbessert, zumindest aber stabilisiert, auch gegenüber der japanischen Konkurrenz. Im übrigen gilt: Wir sind, mehr als alle anderen, auf einen freiheitlichen Welthandel angewiesen. Bei uns liegt der Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt insgesamt bei 27 Prozent, in Japan bei 10 Prozent und in den USA nur bei rund 8 Prozent.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß ich die oft gegenüber Japan zum Ausdruck kommende Defensiv-Haltung als fatal empfinde. Die japanische Entwicklung ist meiner Ansicht nach vielmehr als ein Exempel dafür zu sehen, wie ein Land Leistungsbereitschaft und Leistungswillen in hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit umgesetzt hat. Gewiß ist es erforderlich, den Dialog mit Japan zu intensivieren und darauf hinzuwirken, daß Japan seine Exportpolitik insbesondere auch jetzt, nach den Vereinbarungen mit den USA, mit Augenmaß betreibt. Auch muß Japan seine Märkte stärker für seine internationalen Handelspartner öffnen. Entscheidend aber ist, daß die japanische Herausforderung von den anderen Industrieländern angenommen wird. Eine protektionistische Eskalation, an deren Ende ein Handelskrieg stünde, wäre sicherlich das letzte, was wir uns in der gegenwärtigen Lage erlauben könnten. Die Achse Europäische Gemeinschaft – Vereinigte Staaten – Japan, auf der immer noch ein Großteil der Handelsströme bewegt wird, könnte dann leicht zu einem handelspolitischen Bermuda-Dreieck werden.

Die Bundesregierung beabsichtigt deshalb, auch auf dem kommenden Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa das Thema Protektionismus erneut zur Sprache zu bringen. Wir werden hier nicht aufgeben.

Das Thema darf nicht nur im Verhältnis der Industrieländer zueinander gesehen werden. Es ist von entscheidender Bedeutung auch im Verhältnis zu den Entwicklungsländern; denn in der Erhaltung und im Ausbau des unbeschränkten Welthandels sehen wir einen der besten Ansatzpunkte, die Entwicklungsländer stärker in die Weltwirtschaft zu integrieren: Vor allem die Industrieländer müssen ihre Handelsbarrieren gegenüber den Ländern der dritten Welt abbauen. Und dabei sollten vor allem den ärmsten Entwicklungsländern mehr Präferenzen eingeräumt werden, um ihren Auslandsabsatz zu begünstigen.

Meine Damen und Herren! Auch wenn dies gelegentlich unpopulär ist: Ich verstehe diese Pflicht durchaus als Vorleistungspflicht zu Lasten der Industrieländer, zumindest zeitweilig.

Lassen Sie mich an dieser Stelle bitte ein Wort zu den anstehenden Verhandlungen über eine Verlängerung des Welttextilabkommens sagen. Im Grundsatz gilt, daß ein derartiges Abkommen auf Dauer nicht die Probleme lösen kann, sondern nur weiter zu Strukturverzerrungen führt. Wir werden auf eine Verlängerung des Abkommens gleichwohl hinarbeiten; denn ohne Welttextilabkommen würde vermutlich der Einzelprotektionismus rasch zunehmen und zu chaotischen Verhältnissen auf den Weltmärkten führen, zum Schaden weniger der Industrieländer, zum Schaden vor allem der Entwicklungsländer. Das jedenfalls ist unsere Befürchtung. Wir werden bei den Verhandlungen darauf achten, daß zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ein fairer Interessenausgleich gefunden wird.

Es darf nicht verkannt werden, daß trotz aller Anstrengungen einer Anzahl der ärmsten Entwicklungsländer in absehbarer Zeit kaum die Eingliederung in die Weltwirtschaft gelingen wird. In diesen Ländern stehen nicht Wachstumsschwächen und Wohlstandseinbußen, sondern primär die Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse im Vordergrund. Und hier muß vor allem die öffentliche Hilfe anderer Staaten die Hauptlast tragen.

Auch die Staatshandelsländer können und dürfen sich dieser moralischen Verpflichtung nicht auf Dauer entziehen, auch nicht, wenn sie sich oftmals einer besonderen Nachsicht seitens der dritten Welt zu erfreuen scheinen. Ich empfinde es geradezu als skandalös, wenn die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe des Ostblocks nicht einmal die Hälfte der deutschen ausmacht und dann noch zu ihrem allergrößten Teil in nur zwei Entwicklungsländer, nämlich Kuba und Vietnam, fließt. Die Ernsthaftigkeit, meine Damen und Herren, mit der die westlichen Industrieländer die verstärkte Eingliederung der Entwicklungsländer vorantreiben, wird ohne Frage Einfluß auf den laufenden Nord-Süd-Dialog haben. Hier stehen Probleme von großer Brisanz und weitreichender Wirkung zur Diskussion. Ich erwähne nur Schlagworte wie: „Neue Weltwirtschaftsordnung“, „Aufteilung des Meeresbodens und seiner Rohstoffe“, „Rohstoffabkommen mit Garantiepreisen“ und so weiter. Sie können diese Kette beliebig fortsetzen. Diese Themen kennzeichnen die Absicht eines Großteils der Entwicklungsländer, mit interventionistischen Maßnahmen den Wohlstand der Welt zu erhöhen und zu ihren Gunsten besser zu verteilen. Aber es ist abwegig zu glauben, daß eine Planwirtschaft internationaler Größenordnung mit den komplizierten Sachverhalten internationaler Wirtschaftsbeziehungen fertig werden kann. Aber wie wollen wir die Länder der dritten Welt von den Vorzügen der offenen Weltwirtschaftsordnung überzeugen, wenn wir selbst laufend gegen diese Ordnung verstoßen?

Wir in der Bundesrepublik werden uns den Herausforderungen auf der Basis eines freiheitlichen Weltwirtschaftssystems stellen. Das kennzeichnet die Politik der Regierung. Ich hoffe, daß die anderen uns auf diesem Wege nicht allein lassen. Ich habe in letzter Zeit mehrfach hervorgehoben, daß in der Bundesrepublik die Voraussetzungen, damit fertig zu werden, ohne Frage relativ günstig sind. Vor allem verfügen wir über gute gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, und die deutsche Wirtschaft zeichnet sich nach wie vor durch hohe Leistungsfähigkeit, Flexibilität und eine weite Angebotspalette auf technisch hohem Stand aus. Mit diesem ökonomischen Pfund gilt es zu wuchern. Gefragt sind vor allem verstärkte Innovationen und Investitionen. Die achtziger Jahre sind deshalb kein Jahrzehnt des Konsumierens, sondern sie müssen eine Periode des Investierens sein. Unter diesem Gesichtspunkt bin ich nicht glücklich über die derzeitigen Tarifabschlüsse.

Der staatlichen Wirtschaftspolitik fällt dabei vor allem eine unterstützende Aufgabe zu: Sicherung der Stabilität und Abbau von Investitionshemmnissen sind die Hauptaufgaben.

Im Zusammenhang mit der Intensivierung der Wettbewerbsfähigkeit wird häufig der Ausbau der staatlichen Exportförderung verlangt. Aber die Möglichkeiten des Staates sind nach unserem Verständnis begrenzt. Gezielte, auf direkte Subventionen aufbauende Ausfuhrförderung verbietet sich; denn sie ist mit dem Gedanken des möglichst unverzerrten Leistungswettbewerbs unvereinbar. Aus diesem Grunde basiert unser Förderungsinstrumentarium im wesentlichen auf zwei Beinen: Zum einen wird eine breite Palette von Informations- und Beratungsmöglichkeiten geboten, zum anderen können schwer kalkulierbare wirtschaftliche und politische Risiken durch Garantien und Bürgschaften abgedeckt werden. Diese Förderungsmaßnahmen sind ohne Frage systemkonform. Es geht hier um die Übernahme von Risiken, die die private Seite nicht abdecken kann. Wir werden das Instrumentarium verfeinern. Am Verzerrungswettbewerb werden wir uns aber nicht beteiligen – im Gegenteil: Wir versuchen mit Nachdruck, die verfälschenden Elemente, die insbesondere einige Hochzinsländer einsetzen, im Rahmen des OECD-Konsensus abzubauen.

Meine Damen und Herren!

Der internationale Anpassungszwang, der so entscheidend unser mittelfristiges Aufgabenfeld prägen wird, erstreckt sich nicht nur auf die güterwirtschaftliche Seite. Er umfaßt selbstverständlich auch die internationalen Kapital- und Währungsmärkte. Gewaltige Überschüsse bei den OPEC-Ländern, erhebliche Leistungsbilanzdefizite bei den meisten Ölimportländern und ein hoher Finanzierungsbedarf zur Durchführung der notwendigen Umstellungsprozesse kennzeichnen die Lage. Eine geordnete Rückschleusung der OPEC-Mittel in das internationale Finanzsystem ist erforderlich, um weitreichende negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft zu vermeiden. Es wäre sicher wünschenswert, wenn die OPEC-Länder in Zukunft bei der Lösung der Finanzierungsprobleme der Entwicklungsländer noch stärker mitwirken würden.

Diese Fragen waren unter anderem auch Gegenstand der Gespräche, die wir Ende April in Saudi-Arabien geführt haben. Und sie haben gezeigt, daß die Saudis ihre Rolle durchaus sehen und auch verstärkt wahrnehmen wollen. Die nächsten Jahre, meine Damen und Herren, werden uns mit sehr schwierigen weltwirtschaftlichen Problemen konfrontieren. Ich habe das zu zeigen versucht. Zur Bewältigung dieser Probleme benötigen wir sicher eine internationale Abstimmung und enge Zusammenarbeit. Aber das darf uns nicht dazu verleiten, primär Hilfe von außen zu erwarten. Die internationale Anpassungspolitik beginnt in erster Linie zu Hause, hier bei uns. Vor diesem Hintergrund auch hat die Bundesregierung ihr jüngstes wirtschaftspolitisches Programm verabschiedet. Nicht die kurzfristige Stimulierung der Nachfrage, sondern eine dauerhafte Stärkung der Wirtschaftsstruktur ist beabsichtigt.

In der öffentlichen Diskussion spielt der 6,3-Milliarden-DM-Kredit, den die Kreditanstalt für Wiederaufbau auf den internationalen Kreditmärkten aufnehmen, auf circa 9,5 Prozent verbilligen und vor allem an kleine und mittlere Unternehmen für bestimmte Investitionen unbürokratisch weitergeben wird, eine herausragende Rolle. In Wirklichkeit liegt darin aber nicht der Hauptakzent des Programms. Er liegt meines Erachtens vielmehr in dem Abbau von Investitionshemmnissen. Das wird zu wenig hervorgehoben und geht deshalb in der Diskussion unter, obwohl gerade hier wichtige Entscheidungen getroffen worden sind.

Es ist zum erstenmal mit aller Deutlichkeit gesagt worden, daß die Bundespost den Aufbau eines Glasfaser-Fernmeldenetzes vornehmen wird. Dies ist ein wichtiges Signal für die deutsche Industrie, für die Tele-Kommunikationsindustrie, auf das sie gewartet hat und das ihr die Sicherheit gibt, daß in den nächsten Jahren in diesem Bereich der Individualkommunikation – und das hat gar nichts mit dem Ausstrahlen von Fernsehprogrammen zu tun – keine Hindernisse entgegengesetzt werden.

Im zweiten Bereich, nämlich der friedlichen Nutzung der Kernenergie, wird kritisiert, daß Investitionshemmnisse nicht beseitigt worden sind. Aber hier muß ich wirklich fragen: Was kann die Bundesregierung, was soll die Bundesregierung mit

ihrer Zuständigkeit in diesem Bereich denn noch tun? Sie hat Teilerrichtungsgenehmigungen gegeben – die letzte war in Brokdorf –, sie betreibt den Ausbau, den Weiterbau der Entsorgung. Ich erinnere daran, daß das Oberverwaltungsgericht Lüneburg dazu entschieden hat, es seien so gute Fortschritte gemacht worden, daß man weitere Teilerrichtungsgenehmigungen verantworten und vertreten kann. Die Bundesregierung betreibt den Ausbau des Endlagers in Gorleben, die Wiederaufbereitungsanlage in Volkmarsen wird geplant, und das atomrechtliche Genehmigungsverfahren wird zwischen Bund und Ländern in guter Zusammenarbeit vereinfacht. Wir haben jetzt wirklich alles getan, was in unserer Kompetenz steht und was getan werden kann.

Es kommt hinzu, daß wir in Zusammenarbeit mit den Ländern auf die zügige Verwirklichung der anstehenden Projekte hinwirken.

Meine Damen und Herren!

Ich möchte vor übereilten Hoffnungen, was die Lösung all dieser Probleme betrifft, die vor uns liegen, allerdings warnen. Die vor uns liegenden weltwirtschaftlichen Herausforderungen sind im Handstreich nicht zu bewältigen. Harte Arbeit, Ausdauer, großes Engagement und Verantwortung werden allen von uns abverlangt werden. Wir sollten uns gemeinsam dieser Aufgabe stellen.

Ich bedanke mich für Ihr Zuhören.

